

Kabarett Simpl könnte Vindobona übernehmen

■ Ausgleichsangebot
über 200.000 Euro.

■ Gesamtschulden
3 Millionen Euro.

Wien. (rös) Das Vindobona könnte doch gerettet werden: Die Kabarett Simpl Betriebsgesellschaft GmbH hat sich dazu bereit erklärt, den Veranstaltungsort zu übernehmen. Das ist aber nur möglich, wenn die Gläubiger mit einem außergerichtlichen Vergleich einverstanden sind. Das geht aus einem der „Wiener Zeitung“ vorliegendem Schreiben hervor, das auf Initiative der Stadt Wien an die Gläubiger geschickt wurde.

Das Angebot: „Der Übernehmer ist bereit, einen Betrag von 200.000 Euro für bestehende Gläubiger zur Verfügung zu stellen, die diesen Betrag anteilig im Verhältnis ihrer zu recht bestehenden Forderungen erhielten“, so das Schreiben. Und weiter: „Die Stadt Wien wäre ihrerseits damit einverstanden, auf ihren Rückforderungsanspruch hinsichtlich der bisher gewährten Subvention in Höhe von 1,35 Millionen Euro zu verzichten.“

„Gläubiger abgeseigt“

Die restliche Schuld würde sich demnach auf 1,65 Millionen Euro belaufen. Für die Wiener ÖVP wäre das eine „Abspeisung“ der Gläubiger: Die 200.000 Euro würden einer Quote von 6,6 Prozent entsprechen.

Die grüne Kultursprecherin Marie Ringler bezeichnete die Vorgangsweise hingegen als „ordentlich“. „Hauptsache, es werden nicht noch mehr öffentliche Gelder verschwendet.“ Denn die Subvention der Stadt für das Vindobona ha-

be eine „ungewöhnliche Dimension für ein so kleines Kabarett gehabt“, so Ringler. „In der Größenordnung sind bisher nur Konzerthaus und Musikverein subventioniert worden – und das Birdland, das ein weiterer Bürgermeisterfreund in den Sand gesetzt hat“.

Insgesamt hat die Kabarettbühne in Wien-Brigittenau drei Millionen Euro Schulden angehäuft. Die Generalsanierung endete 2006 mit einer Baueinstellung. „Das meiste, das dort gemacht wurde, ist ohnehin unbrauchbar, das Geld wurde einfach falsch eingesetzt“, erklärte Ringler.

Laut dem Schreiben müsste das Kabarett Simpl tatsächlich eine weitere Million Euro in die Fertigstellung des Vindobona investieren – zusätzlich zu den angebotenen 200.000 Euro. Ein entsprechender Übernahmevertrag sei bereits abgeschlossen. Gültigkeit erlangt dieser aber erst, wenn die Gläubiger dem Angebot zustimmen.

„Die Reaktionen waren bisher überwiegend positiv“, erklärte Rechtsanwalt Karl Newole, der den Brief verfasst hat. Den Nebensatz in dem Schreiben an die Gläubiger: „Erhalten wir keine Antwort, gehen wir davon aus, dass Sie mit dem unterbreiteten Vorschlag einverstanden sind“, dokumentierte ein Anwaltskollege trocken mit den Worten: „Eigenartig, aber nicht verwerflich.“ Es werde hier einfach versucht, eine Richtung vorzugeben. Die ÖVP kritisierte hingegen, dass die Gläubiger verunsichert werden, zumal in dem Brief bei Nichtannahme der Quote von einer „unvermeidlichen Insolvenz“ die Rede ist. ■